

KDFB – INFORMATIONEN 3/2009



Nachrichten

2 Familie & Partnerschaft

3 Betreuungsgeld

5 Integration

6 Soziales

7 Babyklappe / anonyme
Geburt

10 Nachhaltige Entwicklung/
Klimaschutz

13 Kinderarbeit

13 Menschenhandel

14 Gewalt gegen Frauen &
Mädchen

17 Kirche & Theologie

IMPRESSUM

Herausgeber:
Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesestraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:
Gabriele Klöckner
[gabriele.kloeckner\(at\)t-online.de](mailto:gabriele.kloeckner(at)t-online.de)

Familie & Partnerschaft

Umfrage: In Wirtschaftskrise steigt Wert der Familie

Gütersloh (KNA) Durch die Wirtschaftskrise sind den Deutschen nach einer Umfrage persönliche Beziehungen wie Familie und Freunde wichtiger geworden. Zugleich sei die Suche nach Sinn und Orientierung intensiver geworden, ergab eine in Gütersloh veröffentlichte Befragung der Bertelsmann Stiftung. Danach gab jeder vierte Deutsche an, dass die Rolle von Familie, Kindern und Eltern an Stellenwert gewonnen habe. Für 20 Prozent sind stabile persönliche Beziehungen und Freundschaften wichtiger als vor der Krise. Rund jeder dritte meinte aber, dass auch Fragen von Einkommen, Sicherheit und Wohlstand an Bedeutung zugenommen hätten.

Laut Studie plädierten 85 Prozent der Befragten dafür, dass die Krise besonders die Solidarität zwischen Alten und Jungen wieder stärker in den Blick bringen sollte. Fast genauso viele wünschen einen stärkeren Ausgleich zwischen Arm und Reich. 57 Prozent sprechen sich für mehr Integration von Ausländern aus, weil diese auch für den gemeinsamen Wohlstand von Bedeutung seien. Doch die Mehrheit der Bundesbürger ist laut Umfrage zugleich skeptisch, dass die Wirtschaftskrise den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt. Zudem glauben 60 Prozent der Befragten nicht daran, dass Unternehmen künftig mehr als bisher für eine längerfristige Wohlstandssicherung arbeiten. Allerdings sind knapp die Hälfte davon überzeugt, durch die Krise werde die Gesellschaft besser als bisher auf den Erhalt der Umwelt achten oder sorgsamer mit Energie und Rohstoffen haushalten.

Der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Gunter Thielen, deutet die Ergebnisse der Befragung „als Anzeichen für einen Mentalitätswechsel“. Der Wunsch nach Sicherheit und Gerechtigkeit münde bei der großen Mehrheit nicht in egoistische Lösungen auf Kosten von Randgruppen wie Migranten, sondern in Forderungen nach mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt und Ausgleich. (KNA – 3. November 2009)

Studie: Viele Väter länger als zwei Monate in Elternzeit

Düsseldorf (KNA) Viele Väter nehmen eine längere berufliche Auszeit für die Kindererziehung als die zwei obligatorischen Elterngeld-Partnermonate. Ein Drittel der Männer bleibt zwischen drei und zwölf Monaten der Arbeit fern, wie eine in Düsseldorf veröffentlichte Untersuchung des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ergab. Die Ergebnisse stützen sich auf eine Online-Befragung unter 624 erwerbstätigen Vätern mit Elterngeldbezug. Laut Studie nutzen allerdings 46 Prozent der befragten Väter nur ein bis zwei Partnermonate. Diese „Vorsichtigen“ wollten nicht ihr berufliches Fortkommen gefährden und die Auszeit möglichst kurz halten. 14 Prozent bezögen zwischen drei und acht Monaten Elterngeld; diese Gruppe der „(Semi-)Paritätischen“ nehme Elternurlaub versetzt zur ebenfalls erwerbstätigen Partnerin. 6 Prozent der Väter bleiben länger als die Partnerin zu Hause, wie es hieß. Ihnen sei „es überdurchschnittlich wichtig, die Verantwortung für die Familie mit ihrer Partnerin zu teilen“. 9 Prozent stellen die Gruppe der „Familienorientierten“, die einen bis acht Elterngeldmonate nehmen und mit anschließender unbezahlter Elternzeit kombinieren. Die 5 Prozent der „Familienzentrierten“ nutzten sogar zwischen neun und zwölf Elterngeldmonate und nehmen darüber hinaus unbezahlte Elternzeit.

Die Väter mit Elterngeldbezug haben nach den Worten der Autoren mehrheitlich einen Hochschulabschluss und sind vor allem als qualifizierte Angestellte beschäftigt. Zudem arbeiteten sie vorrangig in der öffentlichen Verwaltung oder bei Dienstleistern. Überraschend oft lebten Elterngeld-Väter außerhalb der Ballungsgebiete und Großstädte. Das Anfang 2007 eingeführte Elterngeld wird maximal 14 Monate gezahlt. Allerdings muss beim Höchstbezug auch der zweite Partner beruflich mindestens zwei Monate aussetzen. Das Elterngeld ersetzt bis zu 67 Prozent des Einkommens des betreuenden Elternteils. Höchstens können monatlich 1.800 Euro Elterngeld bewilligt werden. (KNA – 17. November 2009)

Betreuungsgeld

Ministerin: Betreuungsgeld darf nicht von Betreuung fernhalten

Berlin (KNA) Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat im Bundestag davor gewarnt, mit dem Betreuungsgeld ab 2013 Kinder von Bildungsangeboten abzuhalten. Sie wolle die nächsten Jahre zur gesellschaftlichen Diskussion über dessen konkrete Ausgestaltung nutzen, sagte sie. Es dürfe nicht dazu führen, Kinder aus bildungsarmen Schichten von „Betreuung fernzuhalten“. Von der Leyen betonte, sie sei für die Anerkennung von Erziehungsleistungen. Aber liebevolle Erziehung und frühe Bildung müssten „Hand in Hand gehen“. Aus der Opposition kam heftige Kritik an dem Vorhaben.

Die schwarz-gelbe Koalition plant entsprechend einer Vereinbarung der Vorgängerregierung ab 2013 monatlich 150 Euro an Familien zu zahlen, die unter dreijährige Kinder zu Hause betreuen. Der Koalitionsvertrag nennt auch die Möglichkeit von Bildungsgutscheinen statt Geldleistungen. Das Projekt wird seit längerem politisch und gesellschaftlich kontrovers diskutiert.

Bei der Aussprache des Etats des Familienministeriums äußerte die Opposition entsprechend scharfe Kritik. Auch von FDP-Seite kamen Zweifel. Jörn Wunderlich (Linke) nannte die geplante Leistung frauen- und bildungsfeindlich. Es werde zum verstärkten Ausstieg von Frauen aus dem Beruf führen. Ekin Deligöz (Grüne) sprach von einer bildungspolitischen Katastrophe und bewertete die Debatte über Betreuungsgutscheine einen Ablenkungsversuch. Caren Marks (SPD) sagte, das Betreuungsgeld sei reaktionär, unsinnig und werde Chancen von Kindern verhindern. Da werde Geld verschwendet, das an anderer Stelle dringend gebraucht werde.

Miriam Gruß (FDP) meinte, das letzte Wort zu dem Thema sei noch nicht gesprochen. Auch sie sehe das Betreuungsgeld kritisch. Johannes Singhammer (CSU) sagte, Schwarz-Gelb wolle die Wahlfreiheit für Familien verbessern. Dazu gehöre das Betreuungsgeld, das die Opposition nun als Feindbild angreife. Die Kritik gelte in Wirklichkeit einem bestimmten Lebensmodell.

(KNA – 11. November 2009)

Mehrere Verbände fordern Abkehr vom Betreuungsgeld

Berlin (KNA) Zahlreiche Verbände haben das ab 2013 geplante Betreuungsgeld als sozial- und gleichstellungspolitischen Rückschritt kritisiert. Union und FDP sollten das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vorhaben ersatzlos streichen, fordern sie in einem am Mittwoch veröffentlichten Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Familienministerin Kristina Köhler (beide CDU). Das Vorhaben sei „grundsätzlich kontraproduktiv“ und verfestige traditionelle Geschlechterrollen.

Zu den 16 Verbänden zählen neben mehreren Gewerkschaften unter anderem die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und der pro familia Bundesverband. Das Konzept des Betreuungsgeldes verstößt nach ihrer Ansicht gegen grundlegende Prinzipien der Elternautonomie. Der Staat solle die elterliche Entscheidung, wie sie ihre Kinder betreuen, weder prämiieren noch honorieren oder bestrafen. Als richtigen Schritt bewerten sie die Einrichtung eines flächendeckenden Angebots an Kita-Plätzen für alle Kinder.

Die schwarz-gelbe Koalition plant, ab 2013 monatlich 150 Euro an Familien zu zahlen, die unter dreijährige Kinder zu Hause betreuen. Der Koalitionsvertrag nennt auch die Möglichkeit von Bildungsgutscheinen statt Geldleistungen. Die Idee des Betreuungsgeldes geht bereits auf die große Koalition zurück. Nachdem das Thema in der vorigen Woche auch koalitionsintern zu lauten Kontroversen führte, verwiesen Politiker der Union in dieser Woche mehrfach darauf, dass eine politische Entscheidung erst vor 2013 anstehe. Deshalb könne man in Ruhe sachlich beraten.

(KNA – 1. Dezember 2009)

Baumgartner: Debatte um Betreuungsgeld sofort beenden

Der Münchner Sozialethiker Alois Baumgartner fordert ein Ende der öffentlichen Diskriminierung von Eltern, die ihre Kleinkinder selbst erziehen. Seit dem Aufkommen der politischen Forderung, diesen Eltern „einen bescheidenen Zuschuss zum Familieneinkommen von 150 Euro“ zu gewähren, habe ein Wettlauf um die herablassendsten Äußerungen begonnen, moniert Baumgartner in der „Münchner Kirchenzeitung“. Wer sein Erziehungsrecht selbst wahrnehme, unterliege dem Generalverdacht, das Geld zu vertrinken oder für andere Konsumgüter zu verwenden.

Diese „elende Diskussion“ währe schon seit Jahren und sollte sofort beendet werden, so Baumgartner weiter. Bei den bis zu 1.800 Euro, die als Elterngeld an Begüterte gezahlt würden, frage auch niemand, ob sie es im Sinne ihrer Kinder ausgaben oder damit einen „benzinfressenden Luxus Schlitten“ abzahlen. Es sei aber die Frage, ob das Elternrecht auf Erziehung der eigenen Kinder inzwischen nur noch für die Oberschicht gelte.

Baumgartner verweist in seinem Beitrag auf eine „ungeheure Kehrtwendung in der Familienpolitik“. Früher seien Bezieher geringer Familieneinkommen bis zu drei Jahre mit Erziehungsgeld vom Bund und einigen Ländern gefördert worden. Durch das von der großen Koalition eingeführte einkommensabhängige Elterngeld erhielten diejenigen die höchste Förderung, die vor Antritt der Erziehungszeit am meisten verdienten.

(KNA – 8. Dezember 2009)

Integration

Haderthauer: Migrantinnen aus gesellschaftlicher Isolation holen

München (KNA) Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer (CSU) hat dazu aufgerufen, Migrantinnen aus der gesellschaftlichen Isolation zu holen. Sie seien der Schlüssel für eine gelingende Integration von Familien, insbesondere von Kindern, erklärte Haderthauer in München. Anlass war die Auftaktveranstaltung des im Sozialministerium angesiedelten „Facharbeitskreis Migrantinnen“ mit Vertretern von Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, Arbeitsagenturen sowie der öffentlichen Verwaltung.

Die Gesellschaft könne es sich nicht leisten, auf das Potenzial der Migrantinnen zu verzichten, betonte die Ministerin. Doch auf dem Arbeitsmarkt hätten sie leider nach wie vor mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Noch stärker als Frauen ohne Migrationshintergrund seien sie gegenüber den Männern Bildungsgewinnerinnen, aber dennoch Karriereverliererinnen, sagte Haderthauer. Das müsse sich ändern. Das bayerische Kabinett hatte am 4. August beschlossen, mehr für Migrantinnen zu tun. Die Angebote reichen von der frühkindlichen Förderung bis zu einer besseren Eltern- und Familienbildung.

(KNA – 22. November 2009)

Schavan: Zuwandererkinder nicht mit Problemen gleichsetzen

Berlin (KNA) Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat Zuwandererkinder in Deutschland in Schutz genommen. Sie kritisierte pauschale Gleichsetzungen wie „Kinder aus Zuwandererfamilien gleich Probleme, gleich sozialer Brennpunkt“. Das entspreche nicht der Realität.

Die Ministerin äußerte sich bei einem Besuch der Jüdischen Oberschule in Berlin-Mitte. Deutlich mehr als die Hälfte der dortigen Schüler kommt aus Zuwandererfamilien, überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion. Schavan sagte, diese Schule und die kürzlich von ihr besuchte jüdische Heinz-Galinski-Grundschule in Berlin zeigten, dass Integration „auch anders geht“. Das sei nicht primär eine Frage des Geldes. Vielmehr gebe es in beiden Schulen einen ungewöhnlichen Geist der Ermutigung und ungewöhnliches Engagement. Bildung werde konsequent als Schlüssel verstanden. *(KNA – 11. November 2009)*

Soziales

Armutskonferenz: Existenzminimum für Kinder neu berechnen

Berlin (KNA) Die Nationale Armutskonferenz (NAK) hat eine Neuberechnung des Existenzminimums für Kinder gefordert. Die bestehenden Regelsätze deckten den tatsächlichen Bedarf längst nicht mehr, kritisierte NAK-Sprecher Wolfgang Gern bei dem vierten bundesweiten NAK-Treffen in Berlin. Dabei müssten Bildungsausgaben ebenso berücksichtigt werden wie Kosten für Gesundheit, Betreuung, Schulfahrten oder Mahlzeiten. Die stellvertretende NAK-Sprecherin und Referentin beim Diözesancaritasverband Köln, Michaela Hofmann, forderte von der neuen Bundesregierung, mehr gegen Armut zu tun. „Menschen, die in Armut leben, bedürfen der Solidarität des Staates und dürfen nicht auf Tafeln und Suppenküchen angewiesen sein“, sagte Hoffmann. Armut sei nicht das Problem des Einzelnen und dürfe nicht individualisiert werden.

Laut NAK leben Bundesweit über drei Millionen Kinder und Jugendliche in Armut. Die Zahl setze sich aus 2,2 Millionen Minderjährigen zusammen, die Hartz IV beziehen, sowie Kindern von Flüchtlingen und von Eltern mit geringem Einkommen zusammen. Hinzu kämen 250.000 Kinder, die den Kinderzuschlag erhalten und mit ihren Familien in schwierigen Einkommensverhältnissen lebten. Die NAK wurde 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutnetzwerks gegründet. Ihr gehören neben zahlreichen Selbsthilfeinitiativen die großen Sozialverbänden sowie Bundesarbeitsgemeinschaften, der Deutsche Gewerkschaftsbund und das Rote Kreuz an.

(KNA – 6. Oktober 2009)

Familien- und Sozialverbände fordern Kindergrundsicherung

Berlin (KNA) Ein Bündnis von Familien- und Sozialverbänden hat die Einführung einer Kindergrundsicherung von 502 Euro gefordert. Im Kampf gegen die Kinderarmut treten sie damit für einen radikalen Umbau der staatlichen Familienförderung und des Steuersystems ein.

„Die Zahl armer oder von Armut bedrohter Kinder nimmt in Deutschland seit Jahren zu“, heißt es in dem unter anderem von der Arbeiterwohlfahrt, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Deutschen Kinderschutzbund und „Pro familia“ getragenen Aufruf, wie der Berliner „Tagespiegel“ berichtete.

Angesichts von 2,4 Millionen armen Kindern reiche es nicht mehr aus, „an einzelnen Schraubchen im bisherigen System zu drehen“. Stattdessen müssten durch einen Systemwechsel alle Kinder gleich behandelt werden und eine Grundsicherung erhalten. Dies entspreche dem kindlichen Existenzminimum gemäß der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Das neue Modell soll Leistungen wie Kindergeld und -zuschlag oder Sozialgeld und Unterhaltsvorschuss ersetzen.

Nach den Vorstellungen der Verbände soll die Kindergrundsicherung unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt, aber versteuert werden, und zwar mit dem Steuersatz des elterlichen Einkommens vor Bezug der Leistung. Damit werde sie „sozial gerecht“ ausgestaltet, weil sie mit steigendem Einkommen abschmelze. Die Umstellung solle Kinder „aus dem stigmatisierenden Bezug insbesondere von Hartz IV-Leistungen und der verdeckten Armut“ herausholen.

(KNA – 9. November 2009)

Fast jeder sechste armutsgefährdet – Verbände: Hartz IV anheben

Wiesbaden/Berlin (KNA) Rund 15 Prozent der Menschen in Deutschland sind nach Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes arm oder von Armut bedroht. Das sind rund 14,2 Millionen Menschen. Die Quote des Jahres 2007 entspricht dem Niveau des Vorjahres, wie die Behörde in Wiesbaden mitteilte. Sozialorganisationen warnten vor einer Verfestigung der Armut. Der Bundesverband Deutsche Tafel sprach von einer erschreckend hohen Zahl und äußerte die Befürchtung, dass sie im Zuge der Wirtschaftskrise noch ansteigen wird. Die Hartz-IV-Regelsätze müssten sowohl für Erwachsene als auch für Kinder angehoben werden, forderte der Verband. Der Sozialverband VdK nannte vor allem die wachsende Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden alarmierend.

Laut Statistikamt lag die Armutsgefährdung in Haushalten mit Kindern deutlich höher als im Gesamtdurchschnitt. Bei Alleinerziehenden betrug sie sogar 36 Prozent. Frauen waren mit 16 Prozent etwas häufiger betroffen als Männer mit 14 Prozent. Mit 7 Prozent unverändert blieb die Quote der Menschen, die trotz Arbeit armutsgefährdet waren. Ohne Berücksichtigung staatlicher Sozialleistungen hätte die Quote bei 24 Prozent statt bei 15 gelegen, wie die Behörde erläuterte. Die Armutsgefährdungsgrenze sahen die Statistiker bei 913 Euro monatlich für einen Alleinstehenden; für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern belief sich der Wert auf 1.917 Euro monatlich. (KNA – 27. November 2009)

Babyklappe/Anonyme Geburt

Ethikrat mehrheitlich für Ende der anonymen Kindesabgabe

Berlin (KNA) Der Deutsche Ethikrat hat sich mit deutlicher Mehrheit für ein Ende von Babyklappen und anonymen Geburten ausgesprochen. Beide seien ethisch und rechtlich sehr problematisch, heißt es in einer in Berlin vorgestellten Stellungnahme des Rates. Die Kölner Medizinethikerin Christiane Woopen sagte, es sei unwahrscheinlich, dass Mütter und Väter, die ihre Kinder töten wollten, „von dem Angebot überhaupt erreicht werden“.

In einem Sondervotum sprechen sich sechs der 26 Mitglieder für eine Fortsetzung der Angebote aus. Dazu zählen der Augsburger katholische Weihbischof Anton Losinger, der katholische Moraltheologe Eberhard Schockenhoff und der evangelische Mediziner Eckhard Nagel, der auch Präsident des Ökumenischen Kirchentages 2010 ist. Die Angebote seien trotz ethischer und rechtlicher Bedenken weiter vertretbar, argumentieren sie. „Es besteht immerhin die reale Möglichkeit der Rettung eines Kindes vor dem Tod durch die Angebote der anonymen Kindesabgabe, so dass diese im Hinblick auf den Lebensschutz bestehen bleiben müssen“, forderte Losinger.

Die seit rund zehn Jahren in Deutschland praktizierte anonyme Kindesabgabe soll verhindern, dass Frauen Neugeborene töten oder aussetzen. Die Zahl tot aufgefundener Neugeborener in der Bundesrepublik ist nach Angaben des Kinderhilfswerks „terre des hommes“ seit Einführung dieser Angebote im Jahr 1999 konstant geblieben und 2008 sogar gestiegen. Der Ethikrat empfiehlt stattdessen dem Gesetzgeber, eine „vertrauliche Kindesabgabe mit vorübergehender anonymer

Meldung“ zu ermöglichen. Zudem verlangt er eine umfassende öffentliche Information über bestehende Hilfsmöglichkeiten.

Bundesweit gibt es nach Angaben des Ethikrats rund 80 Babyklappen; zudem böten etwa 130 Kliniken anonyme Geburten an. Seit Jahren gibt es politisch und gesellschaftlich eine Auseinandersetzung über den Sinn von Babyklappen. Kritiker und Verfechter der anonymen Kindabgabe verweisen jeweils auf konkurrierende Grundrechte: einerseits auf das Recht auf Leben, andererseits das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung. Die knapp 70-seitige Stellungnahme ist das erste längere Votum des Expertenkreises, der Mitte 2008 seine Sacharbeit aufgenommen hatte.

Das Gremium empfiehlt nun eine Regelung, nach der Frauen in Notlagen verlangen können, dass die Daten zur Geburt für die Dauer eines Jahres nur einer betreuenden Beratungsstelle und nicht dem Standesamt mitgeteilt werden. Damit soll nach Woopens Worten ein „angemessener Zeitraum größtmöglicher Vertraulichkeit geschaffen werden“.

Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) begrüßte das Mehrheitsvotum. „Wir teilen die Meinung des Ethikrates, dass der Weg der anonymen Kindesabgabe zumindest juristisch in eine Sackgasse führt und auch im Hinblick auf den konkreten Lebensschutz keine befriedigende Lösung darstellt“, sagte die SkF-Bundvorsitzende Maria Elisabeth Thoma. Die Betreiber von Babyklappen und Anbieter von anonymer Geburt müssten ihre Angebote nun weiterentwickeln.

(KNA – 26. November 2009)

Union drängt auf rasche Regelung der vertraulichen Geburt

Berlin (KNA) Nach dem Votum des Deutschen Ethikrats gegen Babyklappen und anonyme Geburten will die Union im Bundestag zügig eine gesetzliche Regelung für sogenannte vertrauliche Geburten erarbeiten. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach (CDU) kündigte am Freitag in Berlin zeitnahe Gespräche mit Experten des Bundesfamilienministeriums an. Dabei strebt sie eine Übergangsfrist an, in der Babyklappen fortbestehen können. Zugleich äußerte sie sich skeptisch, ob Babyklappen dauerhaft fortbestehen sollten. Wenn die vertrauliche Geburt geregelt sei, „wird es schwer, den Bestand der Babyklappen aufrecht zu erhalten“, sagte sie der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Eine gesetzliche Regelung sei aber auf jeden Fall notwendig; diese Absicht sei ja auch im Koalitionsvertrag vermerkt.

Auch die familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Dorothee Bär (CSU), kündigte ein Gesetz zur Ermöglichung der vertraulichen Geburt an. Damit könnten Schwangere in Not ohne rechtliche Probleme ihr Kind unter ärztlicher Begleitung entbinden und in die Obhut einer Einrichtung geben. Die Daten der Mutter sollten bei einer nicht-staatlichen Beratungsstelle hinterlassen werden. Bär äußerte zugleich Kritik an Babyklappen. Diese könnten nicht immer verhindern, dass Frauen ihr Kind in Panik töteten.

(KNA – 27. November 2009)

Streit um Babyklappen geht weiter

Frankfurt (KNA) Politikerinnen verschiedener Parteien haben die Forderung des Deutschen Ethikrates, Babyklappen abzuschaffen, scharf kritisiert. Die Empfehlung des Rates sei „rigoros und lebensfern“, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. „Jedes Kind, das durch eine Babyklappe gerettet oder vor Schaden bewahrt wird, ist ein Argument gegen die Entscheidung des Ethikrates“, so Nahles.

Ähnlich äußerte sich die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Renate Künast: „Das Recht des Kindes auf sein Leben steht über allem anderen“, sagte sie der Zeitung. Deshalb sei sie gegen die Abschaffung der Babyklappen.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, Petra Sitte, verteidigte hingegen die Empfehlung des Ethikrates als „mutig“. Sitte sagte: „Es wird unterschätzt, welche Bedeutung es für das Heranwachsen eines Kindes hat, Kenntnis über seine Herkunft zu haben.“

(KNA – 29. November 2009)

SPD-Frauen: Nein zu Babyklappen ist richtig

Berlin (KNA) Nach massiver parteiübergreifender Kritik haben SPD-Politikerinnen das Nein des Deutschen Ethikrats zur anonymen Kindsabgabe verteidigt. Die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Dagmar Ziegler, und deren familienpolitische Sprecherin Caren Marks sprachen in Berlin von einer guten fachlichen Bewertung von anonymer Geburt und Babyklappen. „Babyklappen verhindern keine Kindstötungen“, bekräftigten sie. Zu den Kritikern der über viele Monate erarbeiteten Stellungnahme zählten neben Vertretern der Kirchen auch SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, Grünen-Fraktionschefin Renate Künast und einzelne Unionspolitiker. Ziegler und Mark betonten, trotz des steten Anstiegs auf derzeit rund 80 Babyklappen bundesweit sei die Zahl der Kindstötungen nicht gesunken. Auch die Zahl der Aussetzung lebend geborener Kinder sei stabil geblieben. Jährlich würden rund 20 bis 30 tot aufgefundene Neugeborene registriert. „Das macht deutlich: Die Babyklappen haben kein zusätzliches Leben gerettet“, mahnten sie. Stattdessen verhinderten Babyklappen und anonyme Geburt, dass Kinder ihr verfassungsrechtlich geschütztes Recht auf Kenntnis ihrer Eltern hätten. Es gebe sogar Hinweise darauf, dass das Angebot der Babyklappe eine bedenkliche Nachfrage durch Mütter schaffe, die sonst eine Adoptionsfreigabe erwogen hätten. Die SPD-Politikerinnen forderten bessere Beratungsangebote für Frauen. *(KNA – 3. Dezember)*

Nachhaltige Entwicklung / Klimaschutz

UN-Bericht: Klimapolitik muss Frauenförderung berücksichtigen

Berlin (KNA) Die Klimapolitik muss nach Ansicht des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) stärker die weltweite Bevölkerungsdynamik, Frauenförderung und Gesundheit berücksichtigen. Nach dem in Berlin vorgelegten Weltbevölkerungsbericht 2009 könnten bei einem Anstieg der Weltbevölkerung auf acht statt der bislang projizierten neun Milliarden Menschen etwa ein bis zwei Milliarden Tonnen weniger Treibhausgase freigesetzt werden.

Der Bericht, der gemeinsam mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) und dem Entwicklungsministerium vorgestellt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass ein langsames Bevölkerungswachstum Ländern helfe, sich kurz- oder mittelfristig besser an Klimaveränderungen anzupassen. DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr sagte, Bevölkerungswachstum könne in vielen Regionen zur Verknappung von natürlichen Ressourcen wie Wasser und Ackerland führen und damit die Folgen des Klimawandels verschärfen. Sie empfahl Investitionen in die sogenannte reproduktive Gesundheit und die Familienplanung.

Gesundheit müsse gerade angesichts des Klimawandels Schwerpunkt der Entwicklungshilfe werden, forderte Bähr. Der Bericht betont allerdings zugleich, dass die Industrieländer für den größten Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich seien, während vor allem Entwicklungsländer unter den klimatischen Folgen wie Dürre, Überschwemmungen oder Wasserknappheit zu leiden hätten. Die Mehrheit der 1,5 Milliarden Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar auskommen müssten, seien Frauen.

„Arme Frauen in armen Ländern sind am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen“, sagte die UNFPA-Vertreterin Bettina Maas. Laut Report können Investitionen in Frauen und Mädchen, die Wirtschaftsentwicklung vorantreiben und die Armut bekämpfen. Das betreffe vor allem die Bildung. Frauen mit höherer Schulbildung hätten später eher kleinere und gesündere Familien. Der Bericht verweist auf Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation wonach im Jahr 2000 rund 150.000 Menschen aufgrund der klimatischen Veränderungen ums Leben kamen. Insgesamt seien rund 25 Millionen Menschen durch veränderte Umweltbedingungen vertrieben worden. (KNA – 18. November 2009)

Kirchen fordern konkrete Beschlüsse vom UN-Klimagipfel

Hamburg/Stuttgart (KNA) Der Hamburger Erzbischof Werner Thissen erhofft von der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen klare Zielvorgaben. „Ich erwarte, dass nicht nur geredet wird, sondern dass wirklich konkrete Absprachen getroffen werden“, erklärte der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für das Hilfswerk Misereor.

Vor allem müssten die Industrieländer ihre Ziele für den Klimaschutz deutlich formulieren, forderte Thissen. Zwar hätten auch die Entwicklungsländer ihren Beitrag zu leisten, als Hauptverursacher der Schäden müssten aber die Industrienationen Vorreiter beim Klimaschutz sein. „Ich bin

sicher, dass dann auch die Länder des Südens das Ihre tun, damit Klimakatastrophen aufgehalten werden“, sagte der Erzbischof.

Auch Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) forderten konkrete Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel. „Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen muss eine neue wegweisende Klimaarchitektur für die Zeit ab 2013 beschließen“, sagte Brot für die Welt-Direktorin Cornelia Füllkrug-Weitzel in Stuttgart. Die Konferenz sei „eine der wichtigsten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges“. EED-Vorstandsmitglied Rudolf Ficker ergänzte, die Hauptleidtragenden der globalen Erwärmung seien die Armen in den Ländern des Südens, obwohl sie selbst am wenigsten dazu beigetragen hätten.

(KNA – 4. Dezember 2009)

Bischof: Billig-Kleidung vom Discounter geht zu Lasten der Armen

Bamberg (KNA) Der Vertrieb von Billigkleidung in deutschen Discountern geht nach den Worten des katholischen Bischofs von Münster, Felix Genn, zu Lasten der Armen in Entwicklungsländern. Für die Kleidungs-Produktion werde den Menschen dort ein Hungerlohn gezahlt, kritisierte der Vorsitzende der Bischöflichen Kommission für das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat in Bamberg. Es sei daher problematisch, etwa ärmere Menschen in Deutschland auf Schnäppchenangebote zu verweisen. Wer Menschen arm mache oder arm halte, verletze deren elementare Rechte. *(KNA – 16. November 2009)*

Hilfswerke fordern verlässliche Finanzierung von Klimaschutz

Berlin (KNA) Die Hilfswerke terre des hommes und Welthungerhilfe haben den Industrieländern eine Klimapolitik zu Lasten der ärmeren Länder vorgeworfen. Sie forderten in Berlin die Bundesregierung auf, die Finanzierung des Klimawandels verbindlich sicherzustellen. Diese Aufgabe müsse eigenständiger Teil der Entwicklungspolitik werden. Der Klimawandel treffe ausgerechnet jene Menschen am stärksten, die ihn nicht verursacht hätten und sich gegen die Folgen am wenigsten wehren könnten, mahnten sie. So hätten die armen Länder „90 Prozent der menschlichen Opfer und der wirtschaftlichen Folgekosten des Klimawandels zu tragen“, betonte der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Wolfgang Jamann. Beispielsweise hätten viele Kleinbauern in ländlichen Regionen unter den Folgen zu leiden. In ihrem zum 17. Mal vorgelegten „Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“ bewerten die beiden Werke die Finanzierung von Klimaschutzprogrammen als vorrangige Aufgabe der Bundesregierung. Weltweit seien etwa 100 Milliarden Dollar pro Jahr nötig, um den Klimaschutz und Anpassungsprogramme im Süden zu finanzieren. Demgegenüber hätten die westlichen Industrienationen 2008 allein 265 Milliarden Dollar für Agrarsubventionen ausgegeben.

(KNA – 5. November 2009)

Schavan: In der Krise nicht an Entwicklungshilfe sparen

Göttingen (KNA) Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) hat davor gewarnt, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise an der Entwicklungshilfe zu sparen. Die Krise gefährde die Fortschritte auf dem Weg zur Umsetzung der Millenniumsziele zur Armutsbekämpfung, sagte Schavan in Göttingen. Die ärmsten Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika hätten die Situation nicht verursacht, seien aber unmittelbar existenziell bedroht. Diese Länder müssten besser an internationalen Prozessen, Gremien und Entscheidungen beteiligt werden, forderte die Ministerin. „Wir müssen die Logik der Ökonomie dann heilsam unterbrechen, wenn sie auf Kosten von Mensch und Schöpfung geht.“ Das widerspreche nicht der Marktwirtschaft, sondern setze ihr einen sinnvollen Rahmen, unterstrich Schavan. Sie äußerte sich bei der Verleihung des Edith-Stein-Preises 2009 an Schwester Karoline Mayer (66).

Die in Chile lebende Ordensfrau erhielt die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung für ihr Lebenswerk und ihr soziales, politisches und gesellschaftliches Engagement für die Menschen in Chile, Bolivien und Peru. Die 1943 nahe Eichstätt geborene Ordensfrau arbeitet seit über 40 Jahren in einem Armenviertel von Santiago de Chile. 1973 gründete sie die Schwesterngemeinschaft „Comunidad de Jesus“. Nach der Pinochet-Diktatur entstand das Sozialwerk „Fundacion Cristo Vive“, das inzwischen auch in Bolivien arbeitet. Schavan würdigte Schwester Karoline als „eine Frau, die immer wieder Grenzen überschritten hat und deren Nächstenliebe keine Grenzen kennt“. Sie stehe dafür, dass Menschenrechte nicht teilbar seien zwischen Armen und Reichen der Welt, hob die Ministerin hervor. Sie betonte Übereinstimmungen zwischen der Preisträgerin und der Namensgeberin der Auszeichnung, der 1942 in Auschwitz getöteten katholischen Ordensfrau jüdischer Abstammung Edith Stein. Beide zeichne der unbedingte Wille aus, dem eigenen Weg zu Gott zu folgen - auch gegen Widerstände.

(KNA – 15. November 2009)

Ernährungsgipfel verabschiedet Erklärung zum Kampf gegen Hunger

Rom (KNA) 191 Staaten haben sich am ersten Tag des UN-Welternährungsgipfels in Rom zum Kampf gegen den weltweiten Hunger verpflichtet. Die Vertreter der Länder unterzeichneten eine Erklärung, mit der „ein Recht auf angemessene Ernährung“ durchgesetzt werden soll. Konkrete Schritte nennt das Papier der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) allerdings kaum.

Die fünf „Prinzipien für eine nachhaltige globale Nahrungssicherheit“ fordern die Staaten unter anderem dazu auf, die internationale Entwicklungsarbeit in Zukunft besser zu koordinieren. Dabei sollen regionale und nationale Investitionspläne helfen. Die Förderung von Frauen und Kleinbauern soll die Grundlage für eine nachhaltige, umweltschonende Landwirtschaft schaffen. Außerdem sollen die Bauern Zugang zu neuen Biotechnologien erhalten, um ihre Erträge zu verbessern. Mit verbesserten Kontrollen soll zudem die Verbreitung von Seuchen eingedämmt werden. Die Teilnehmer erklären sich bereit, mehr staatliche Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern bereitzustellen. Die Ausgaben waren in den vergangenen Jahrzehnten immer

weiter gesunken: Betrag der Anteil an der staatlichen Entwicklungshilfe für den Agrarbereich 1980 noch 19 Prozent, lag er 2006 bei 3,8 Prozent.

Die Erklärung soll den Vereinten Nationen bei der Verwirklichung des Millenniumsziels helfen, bis 2015 den Anteil der hungernden Weltbevölkerung zu halbieren. Laut FAO hat die Zahl der Hungernden auf der Erde mit 1,2 Milliarden einen historischen Höchststand erreicht. Nach Einschätzungen der Organisation müssten die weltweiten landwirtschaftlichen Erträge bis 2050 um 70 Prozent wachsen, um eine Erdbevölkerung von dann voraussichtlich neun Milliarden Menschen zu ernähren. (KNA – 16. November 2009)

Kinderarbeit

Unicef: 150 Millionen Kinderarbeiter weltweit

Köln (KNA) Millionen Kinder weltweit sind laut einem neuen Unicef-Bericht Opfer von Gewalt, Ausbeutung oder Menschenhandel. Wie das UN-Kinderhilfswerk in Köln mitteilte, müssen mindestens 150 Millionen Kinder unter 15 Jahren hart arbeiten und gehen deshalb unregelmäßig oder gar nicht zur Schule. Zugleich sitzen rund eine Million Minderjährige in Gefängnissen, davon die Hälfte ohne Gerichtsverfahren.

Der von Unicef erstellte Bericht zum Kinderschutz ist den Angaben zufolge die erste umfassende Bestandsaufnahme zu Kinderrechtsverletzungen und basiert auf Daten aus nahezu allen Ländern der Welt. Laut Unicef wachsen mehr als 18 Millionen Kinder in Familien auf, die aufgrund von Kriegen oder Naturkatastrophen aus ihrer Heimat vertreiben wurden. Überdies kamen allein im Jahr 2007 rund 51 Millionen Kinder zur Welt, ohne dass ihre Geburt registriert wurde. Ohne Geburtsurkunde bestünden für diese Mädchen und Jungen kaum Aussichten auf einen Platz in der Schule, oft seien sie dadurch auch krimineller Ausbeutung schutzlos ausgeliefert.

Fortschritte verzeichnet der Bericht beim Kampf gegen Kinderheiraten und die Genitalverstümmelungen bei Mädchen, die besonders in afrikanischen Ländern verbreitet sind. Laut Unicef soll der Kinderschutzbericht ein erster Schritt sein, "um eine Umgebung für Kinder zu schaffen, in der sie geschützt aufwachsen und sich entwickeln können". Erforderlich sei nun, geeignete Schutzsysteme auf- und auszubauen sowie den sozialen Wandel in den besonders betroffenen Ländern zu fördern. (KNA – 6. Oktober 2009)

Menschenhandel

„Bündnis gegen Menschenhandel“ startet in Berlin

Berlin (KNA) Gegen Zwangsarbeit wollen in Berlin mehrere große Organisationen mit einem Modellprojekt vorgehen. Das „Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“ will sich auf Initiative der Internationalen Organisation für Migration (IOM) für eine stärkere Wahrnehmung des Problems in Deutschland und bessere Hilfsangebote einsetzen. Dafür wollen neben der IOM der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und der Berliner Senat an einem Runden Tisch wirksame Strategien gegen den Menschenhandel entwickeln.

Die öffentliche Diskussion konzentriert sich nach Ansicht der Vertreter noch zu einseitig auf den Bereich der sexuellen Ausbeutung. Zwangsarbeit zu Hungerlöhnen gebe es ebenso im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in der Gastronomie und in Privathaushalten. „Wir haben es hier mit einer besonders hohen Dunkelziffer zu tun“, sagte die Berliner Staatssekretärin für Integration, Arbeit und Soziales, Kerstin Liebich (Die Linke). Das Bündnis müsse Behörden, Helfer und Öffentlichkeit mehr für diese Verbrechen sensibilisieren. Ermittler und Beratungsstellen sollten sich enger vernetzen. „Wir müssen die Opfer besser schützen und die Täter effektiver bekämpfen“.

Nach Schätzungen sind in den Industrieländern 360.000 Menschen von Zwangsarbeit betroffen, in Deutschland rund 15.000. Drei Viertel dürften durch Menschenhandel in diese Situation gekommen sein. Gut die Hälfte der Opfer wird in der Sexbranche ausgebeutet. Trotz der hohen Dunkelziffer registrierte die Polizei im Raum Berlin-Brandenburg 2007 aber nur 34 Fälle von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung, 2008 sogar nur sieben.

Statt der Täter würden die Opfer verfolgt, kritisierte der Direktor von IOM Deutschland, Peter von Bethlenfalvy. Zudem erfordere ein wirksamer Kampf gegen den Menschenhandel in Europa ein abgestimmtes Vorgehen aller international relevanten Organisationen, etwa der Menschenrechtsagentur in Wien oder der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Der Direktor der ILO Deutschland, Wolfgang Heller, betonte die Notwendigkeit, den Menschenhandel schon in den Herkunftsländern zu stoppen, damit Opfer gar nicht erst illegal nach Deutschland gelockt würden.

(KNA – 6. Oktober 2009)

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Appelle zum „Tag gegen Gewalt an Frauen“

Bonn (KNA) Zum „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ haben Politiker und Menschenrechtler an die bedrängte Lage vieler Frauen weltweit erinnert.

Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) erklärte, es dürfe „keinerlei Toleranz“ für Menschenrechtsverletzungen an Frauen wie etwa die Genitalverstümmelung geben. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation leiden weltweit etwa 140 Millionen Frauen unter den Folgen der Verstümmelung. Jährlich kämen rund drei Millionen Opfer neu hinzu.

Die Frauenrechts- und Hilfsorganisation medica mondiale forderte die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement gegen die weit verbreitete Straflosigkeit nach Vergewaltigungen in Kriegs- und Krisengebieten auf. Bei einem Gespräch mit Parlamentariern aller Bundestagsfraktionen will medica mondiale vor allem auf die Situation in Afghanistan und in der Demokratischen Republik Kongo verweisen. So gehen Schätzungen des UN-Menschenrechtsrates davon aus, dass in der DR Kongo allein im Jahr 2008 rund 100.000 Frauen auf brutalste Weise vergewaltigt wurden.

Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) bezeichnete in Dortmund den Schutz von Frauen vor Gewalt als wichtigen Garant für das Wohl auch der Kinder. Eine von Gewalt geprägte Beziehung der Eltern stelle einen erheblichen Risikofaktor für die kindliche Entwicklung dar. Zudem sorgten gewaltsame Kindheitserfahrungen für das stärkste Risiko, dass Kinder in späteren Beziehungen ebenfalls Gewalt erleben oder ausüben.

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) machte in Düsseldorf auf Gewalt gegen Pflegebedürftige aufmerksam. Wegen ihrer höheren Lebenserwartung seien Frauen im Alter eher auf Hilfe angewiesen und von dem Problem deshalb besonders betroffen. Auch das Alten-Hilfswerk HelpAge verwies auf die Situation von Frauen im Seniorenalter. Wie die Organisation in Osnabrück mitteilte, werden ältere Frauen in vielen Ländern von ihrem Erbe ausgeschlossen und vernachlässigt. Besonders in Indien und Afrika seien ältere Frauen häufig Opfer von Gewalt. Dort würden sie als Witwen oft diskriminiert und wüssten als Analphabeten nicht ausreichend über ihre Rechte Bescheid. (KNA – 24. November 2009)

EU-Frauenausschuss fordert nationale Aktionspläne gegen Gewalt

Straßburg (KNA) Die Vorsitzende des Frauenausschusses im Europaparlament, Eva-Britt Svensson, hat von allen EU-Staaten nationale Aktionspläne gefordert, um Frauen vor Gewalt zu schützen. Nötig sei eine EU-Strategie, erklärte die schwedische linke Europaabgeordnete in Straßburg zum zehnten internationalen Tag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Svensson betonte, Gewalt gegen Frauen sei ein gesellschaftliches Problem, das mit der fehlenden Gleichstellung von Frauen und Männern zusammenhänge. Zugleich verlangte sie mehr Unterstützung für die Opfer. Die Institutionen müssten garantieren, dass vor allem auch häusliche Gewalt bestraft werde.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Roberta Angelilli, beklagte, eine von vier Frauen in Europa sei bereits körperlicher Gewalt ausgesetzt worden. In über 90 Prozent der Fälle geschähen die Gewalttaten innerhalb der Familie, so die italienische Europaabgeordnete aus der christdemokratischen EVP-Fraktion. Nur ein Viertel der betroffenen Frauen betrachte allerdings häusliche Gewalt als Verbrechen. Viele Frauen seien psychologisch so desorientiert, dass sie ihre Peiniger nicht verklagten und die Taten nicht als Verbrechen einstufen. Es sei an der Zeit, die „Mauer des Schweigens zu durchbrechen und Gewalt gegen Frauen anzuklagen“, so Angelilli.

(KNA – 25. November 2009)

EU-Parlamentarier: Gewalt gegen Frauen ist alarmierend hoch

Straßburg (KNA) Das Europaparlament hat schärfere Maßnahmen zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen gefordert. Die Abgeordneten verabschiedeten in Straßburg eine Entschließung, in der sie eine alarmierend hohe Zahl von geschlechtsbezogenen Gewalttaten gegen Frauen beklagen. Gewalt gegen Frauen sei auf historisch gewachsene ungleiche Machtverhältnisse zurückzuführen, heißt es in dem Dokument. Dies sei ein Bereich, in dem die EU einen Handlungsauftrag habe.

Laut Entschließung handelt es sich bei männlicher Gewalt gegen Frauen um ein weltweites, von Alter, Bildung und Einkommen unabhängiges Problem. Von Männern ausgeübte Gewalt gegen Frauen stelle eine Verletzung der Menschenrechte dar. In ihrer extremen Form könne dies zu ihrer Ermordung führen. So seien beispielsweise Genitalverstümmelung, Zwangsehen und „Ehrenverbrechen“ Realität in der EU.

Die EU verfüge nicht über verlässliche Daten darüber, wie groß das Problem tatsächlich sei. Auch die Tolerierung der Prostitution innerhalb der EU verschärfe das Problem und führe zu einer weiteren Ausbreitung von Frauenhandel und Sextourismus.

Die Abgeordneten fordern in der Resolution ein umfassendes Rechtsinstrument zur „Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen in Europa, einschließlich des Frauenhandels“. Es sei Aufgabe der Mitgliedstaaten, Einrichtungen und Verbände zu unterstützen, die betroffene Frauen aufnehmen. Von besonderer Bedeutung sei, dass Frauen rechtlicher Beistand und Schutz garantiert werde. Zugleich forderten die Abgeordneten die EU-Kommission und die EU-Regierungen im Ministerrat auf, eine eindeutige Rechtsgrundlage zu schaffen. In einigen Mitgliedstaaten eingerichtete Gerichte für Fälle von Gewalt gegen Frauen sollten für alle EU-Staaten als Vorbild gelten.

In der Debatte gab die Vorsitzende des Frauenausschusses, Eva-Britt Svensson, zu bedenken, dass nur ein Viertel der Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt seien, dies als Verbrechen betrachte. Diese Frauen seien häufig psychologisch so desorientiert, dass sie aus Angst ihre Peiniger nicht verklagten. Svensson forderte, „diese Mauer des Schweigens zu durchbrechen“.

(KNA – 26. November 2009)

Justizminister: Genitalverstümmelung strafrechtlich verfolgen

Berlin (KNA) Die Justizminister der Bundesländer wollen gegen die Beschneidung von Mädchen und Frauen entschiedener strafrechtlich vorgehen. Sie sprachen sich dafür aus, die Strafbarkeit erstmals ausdrücklich im Strafgesetzbuch zu verankern. Der Hamburger Justizsenator Till Steffen (Grüne) sagte, „wir sind uns sicher, dass Genitalverstümmelungen in Deutschland stattfinden.“ Allerdings gebe es eine Dunkelziffer von „nahezu 100 Prozent“.

Die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen legten zuvor der Herbstkonferenz der Justizminister der Länder einen Gesetzentwurf vor. Demnach soll Genitalverstümmelung künftig mindestens mit einer zweijährigen Freiheitsstrafe geahndet werden. Die beiden FDP-Justizminister Ulrich Goll aus Baden-Württemberg und Jörg-Uwe Hahn aus Hessen betonten, Genitalverstümmelungen seien schwere Menschenrechtsverletzungen und „unmenschlich“. Sie dürften nicht als „kulturelle oder religiöse Traditionen gerechtfertigt“ werden.

Der Entwurf sieht vor, auch die Beschneidung von Mädchen im Ausland unter Strafe zu stellen, wenn die Opfer ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben. Hintergrund ist, dass viele Mädchen während eines zwischenzeitlichen Aufenthaltes in ihren Herkunftsländern beschnitten werden.

Steffen und der Vorsitzende der Justizministerkonferenz, Sachsens Staatsminister Jürgen Martens (FDP), verwiesen darauf, dass zu einer Offenlegung entsprechender Straftaten mehr Aufklärungsarbeit notwendig sei. „Wir brauchen Prävention und Sensibilisierung, um eine Strafverfolgung auch durchsetzen zu können“, meinte Steffen. *(KNA – 5. November 2009)*

Menschenrechtler: Afghanische Frauen weiterhin diskriminiert

New York (KNA) Die Mehrheit der Frauen und Mädchen in Afghanistan ist Opfer von Gewalt und Diskriminierung. Kinder- und Zwangsheiraten seien ebenso an der Tagesordnung wie öffentliche Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen, heißt es in einem Bericht von Human Rights Watch (HRW). Das 96-seitige Dokument beschreibt beispielhaft Fälle von Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und Mädchen.

Eine landesweite Umfrage habe ergeben, dass mehr als die Hälfte der Frauen mindestens einmal Gewalt erlitten habe, 17 Prozent sexuelle Gewalt. Fehlende strafrechtliche Verfolgung verschlimmere die Gefährdung. Dem Bericht zufolge wird Vergewaltigung mittlerweile als Straftat gewertet, jedoch kaum vor Gericht gebracht. „Polizei und Richter betrachten Gewalt gegen Frauen nicht als Verbrechen, deshalb verfolgen sie diese Fälle nicht“, so Soraya Sobhrang von der Unabhängigen Afghanischen Kommission für Menschenrechte gegenüber HRW.

HRW gibt an, dass Umfragen zufolge bei über der Hälfte der afghanischen Eheschließungen die Frauen jünger als 16 Jahre seien und 70 bis 80 Prozent der Ehen ohne Zustimmung der Frau oder des Mädchens geschlossen würden. Die Mehrheit der Mädchen gehe weiterhin nicht zur Schule. Die Menschenrechtsorganisation fordert, Frauenrechte müssten für die afghanische Regierung und die Geberländer eine zentrale Stellung haben. So solle die Regierung „eine groß angelegte Kampagne starten, die klarstellt, dass Vergewaltigung eine Straftat ist“ und verfolgt werde. Die staatliche Registrierung von Ehen müsse erleichtert und verpflichtend sein.

(KNA – 6. Dezember 2009)

Kirche & Theologie

Käßmann neue Ratsvorsitzende

Ulm (KNA) Mit einem klaren Bekenntnis zum ökumenischen Dialog hat die neue Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, ihr Amt angetreten. Sie wolle das Gespräch zwischen den beiden großen Kirchen in Deutschland stärken, „weil uns mehr verbindet als uns trennt“, sagte Käßmann vor Journalisten in Ulm.

Zuvor hatte die EKD-Synode erwartungsgemäß die Hannoversche Landesbischöfin mit großer Mehrheit zur Nachfolgerin des Berliner Bischofs Wolfgang Huber gewählt. Der 67-Jährige kandidierte aus Altersgründen nicht mehr für das Amt. Mit Käßmann steht erstmals eine Frau an der EKD-Spitze. Die grundsätzliche Ausrichtung der EKD werde sich unter ihrem Vorsitz nicht ändern, sagte die Bischöfin unter Verweis auf ihren Vorgänger. Allerdings bringe sie als ehemalige Gemeindepfarrerin in das Amt andere Erfahrungen ein als der frühere Hochschullehrer Huber.

Die Präses der EKD-Synode, Katrin Göring-Eckardt, bezeichnete die weibliche Doppelspitze der EKD als „wunderbar normal evangelisch“. In der Wahl des neuen Rates zeige sich eine „moderne, offene, dialogische, begeisternde Kirche, die wir zusammen leiten wollen“. Käßmann werde „mit intellektueller Schärfe und gewinnender Herzenswärme“ das Gesicht dieser Kirche prägen.

Glückwünsche kamen auch von den katholischen Bischöfen in Deutschland. „Der Rat darf zuversichtlich sein, dass er unter Ihrer Leitung seinen kirchlichen Dienst in den kommenden sechs Jah-

ren in glaubenstreuer, wacher, kluger und kompetenter Weise verrichten wird“, heißt es in einem Schreiben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch.

Darin plädiert der Bischofskonferenz-Vorsitzende für einen ökumenischen Dialog „auf Augenhöhe“. Dazu gebe es keine Alternativen. Die Christen in Deutschland erwarteten, dass die Vertreter der beiden großen Kirchen gemeinschaftlich agierten. „Ich freue mich deshalb auf diese Weggemeinschaft und hoffe, dass wir schon bald Gelegenheit haben werden, uns über die Fragen auszutauschen, die unsere Aufmerksamkeit vordringlich erfordern“, so Zollitsch.

Die aus Marburg stammende Käßmann studierte in Tübingen, Edinburgh, Göttingen und Marburg Evangelische Theologie. Von 1985 bis 1990 war sie Gemeindepfarrerin in Kurhessen-Waldeck und promovierte parallel dazu im Fach Theologie. Zu ihren weiteren beruflichen Stationen gehören zwei Jahre als Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck und zwei Jahre als Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Hofgeismar.

Von 1994 bis 1999 wurde Käßmann als Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages auch einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Seit 1999 ist sie Bischöfin in Hannover, der mit rund drei Millionen Mitgliedern größten deutschen Landeskirche. Sie ist Mutter von vier erwachsenen Töchtern. Aufsehen erregte vor zwei Jahren ihre Scheidung nach 26 Ehejahren.

(KNA – 27. Oktober 2009)

Russisch-orthodoxe Kirche bietet EKD klärendes Gespräch an

Moskau (KNA) Die russisch-orthodoxe Kirche will Irritationen im Dialog mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ausräumen. Der Außenamtsleiter des Moskauer Patriarchats, Erzbischof Hilarion, bot der EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann in einem Brief ein Gespräch über die zwischenkirchlichen Beziehungen an. Unmittelbar nach der Wahl Käßmanns Mitte November hatte Hilarion laut Medienberichten den Dialog mit der EKD für beendet erklärt. Die orthodoxe Kirche erlaube keine Priesterweihe oder sogar Führungsrollen von Frauen, hieß es zur Begründung.

Wie die russisch-orthodoxe Kirche nun mitteilte, ist Hilarion bereit, zu einem klärenden Gespräch im Frühjahr nach Deutschland zu reisen. Die bisherige Form des Dialogs stellte der Außenamtsleiter allerdings in Frage. Die Beziehungen würden durch die Liberalisierung der moralischen Normen und der Abweichung von den apostolischen Regeln in der protestantischen Kirche belastet, so Hilarion unter Verweis auf Käßmanns neues Amt. Der Dialog mit EKD sei jedoch trotzdem wichtig. *(KNA – 11. Dezember 2009)*